

In eigener Sache:

Der AZADI infodienst erscheint regelmäßig. Der Versand erfolgt per E-Mail. Auf Anfrage wird er gegen Kopier- und Portokosten auch per Post verschickt. Gefangene erhalten den infodienst kostenlos. Herausgeber ist AZADI e.V.

AZADI e.V. unterstützt diejenigen Personen nicht-deutscher Herkunft, die in Deutschland im Zuge ihrer politischen Betätigung für das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes mit Strafverfolgung bedroht werden.

Die praktische Arbeit von AZADI ist die finanzielle und politische Unterstützung kriminalisierter Kurdinnen und Kurden.

So können Sie uns unterstützen:

- wenn Sie von Kriminalisierung und Repression gegen Kurd(inn)en erfahren, informieren Sie uns bitte
- werden Sie Fördermitglied,
- spenden Sie.

Kontakt- und Bestelladresse:

AZADI e.V.
Hansaring 82
50670 Köln
Tel. 0221/16 79 39 45
E-Mail azadi@t-online.de
Internet www.nadir.org/azadi/
V. i. S. d. P.: Monika Morres
Layout: Holger Deilke

Bankverbindung:

GLS-Bank Bochum
BIC: GENODEM1GLS
IBAN: DE80 4306 0967 8035 7826 00

Selahattin Demirtaş dritter Bewerber um Präsidentenamt in der Türkei

Am 19. Juli fand in Köln eine Solidaritätskundgebung statt, die von 27 unterschiedlichen Vereinen und Organisationen unterstützt wurde und dem ehemaligen Co-Vorsitzenden der prokurdischen „Partei für Frieden und Demokratie“ (BDP), Selahattin Demirtaş galt, der dort zu den Teilnehmer*innen sprach. Er nämlich kandidiert für die linke „Demokratische Partei der Völker (HDP) zu den Präsidentschaftswahlen in der Türkei, die am 10. August durchgeführt werden. Die HDP ist eine Schwesterpartei der BDP und versteht sich als eine neue und breit gefächerte oppositionelle Front.

Selahattin Demirtaş ist damit neben dem derzeitigen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan und dem gemeinsamen Kandidaten der „Republikanischen Volkspartei“ (CHP) und der „Nationalistischen Bewegung“ (MHP), Ekmeleddin İhsanoğlu, der dritte Bewerber um dieses Amt. Erdoğan und İhsanoğlu stehen für eine religiös-konservative Politikrichtung, während Selahattin Demirtaş als Alternative für eine offene, pluralistische und demokratische Türkei antritt.

Demirtaş für Laizismus und Vielfalt

Zu seiner Kandidatur wurde Selahattin Demirtaş u. a. interviewt von „ZEIT-“ und „FAZ online“ (20. bzw. 21. Juli). Auf die Frage der FAZ, ob er in der Türkei nicht eher als Kandidat für die Kurden wahrgenommen werde und wie er diese Wahrnehmung überwinden wolle, antwortete Demirtaş, dass versucht werde, die „vielen Vorurteile“ gegen ihn und die Partei durch „unsere Arbeit zu überwinden“. Er kritisierte, dass Erdoğan die „Frömmigkeit der Menschen“ ausnutze, „um sich zu bereichern“. Zwar sei auch er ein „religiöser Mensch“, als Politiker jedoch trete er „für den Laizismus und die gleichberechtigte Vielfalt der Religionen“ ein.

Die Frage, worin der Sinn seiner Kandidatur bestehe, weil er keine Chance habe, als Präsident der Türkei „gewählt zu werden, beantwortete Demirtaş u.a. so: „Meine Kandidatur ist Teil einer langfristigen Oppositionsstrategie. [...] Es existiert nämlich ein drittes Lager in der Türkei, das für Vielfalt und bürgerliche Freiheiten eintritt. Kurden gehören dazu, Aleviten, Sozialisten, Sozialdemokraten, demokratische Konservative, die Frauenbewegung, Umweltaktivisten. Wir wollen diese Gruppen einen, denn derzeit sind sie zersplittert und können nicht viel ausrichten“.

Religionsbehörde und Wehrpflicht abschaffen

Auf die Aussage der FAZ, dass er sich mit der Abschaffung der Wehrpflicht und der Religionsbehörde Diyanet nicht beliebt mache, bemerkte der Politiker, dass die Abschaffung dieser Behörde wichtig sei, „weil das Amt immer die Religionspolitik des Staates vertreten und andere Konfessionen benachteiligt“ habe. Die türkische Wehrpflicht verstoße „in ihrer heutigen Form gegen die Menschenrechte, weil es keine Möglichkeit zum Zivildienst“ gebe. Es müsse das Recht geben, „den Dienst an der Waffe zu verweigern“.



Die Frage, ob die Kurden Erdoğan aufgrund vieler Versprechungen noch vertrauten, beantwortete Demirtaş: „Nein. Wenn dieser nicht unter Druck stand, hat er keinerlei Schritte für die Kurden unternommen. Deshalb geht es bei den Präsidentenwahlen nicht um das Vertrauen in Erdoğan, sondern um das Vertrauen in uns selbst, in unsere Ideen und unseren Widerstand.“

Weiterhin größte Unterstützung für Herrn Öcalan

Danach befragt, ob kurdische Politiker gegen den Willen Öcalans handeln könnten, meinte Demirtaş, dass es „kurdische Parteien und Politiker“ gebe, „die eine Politik gegen Öcalan betreiben und ihn zur Seite drängen“ wollten, doch genieße er „weiterhin die größte Unterstützung durch die kurdische Bevölkerung“. Es werde „keinem anderen Politiker gelingen, ihn zu verdrängen“. Er selbst sei „gegen Gewalt zur Lösung politischer Konflikte“, doch die Entscheidung, „ob die Waffen ruhen oder nicht, entscheiden letztlich die PKK und Herr Öcalan.“ Bei seinen und den Besuchen anderer bei ihm auf der Gefängnisinsel Imrali gebe es eine Tagesordnung zu allen aktuellen Entwicklungen von beiden Seiten. Dabei seien die „Delegation und Herr Öcalan nicht immer einer Meinung, aber auch darüber werde diskutiert.“

Deutschland soll sich für Löschung der PKK aus Terrorlisten einsetzen

Özlem Topçu von „ZEIT online“ fragt Selahattin Demirtaş in dem Gespräch u. a., was er über die Einstu-

fung der PKK als „Terrororganisation“ durch die USA und Europa denke. Er plädiere dafür, „die Entscheidung zu überdenken“, weil die türkische Regierung momentan „Friedensverhandlungen mit der PKK“ führe, bei denen es „am Ende auch um Entwaffnung“ gehe. „Deutschland könnte diese Verhandlungen unterstützen, indem es die PKK aus der Liste der Terrororganisationen löscht und die PKK so dazu motiviert, den Widerstand friedlich zu gestalten und sich an der demokratischen Politik zu beteiligen.“

Es geht um die universellen Rechte für die gesamte Gesellschaft

Befragt nach den wichtigsten Forderungen der Kurden im Friedenprozess, zählt Demirtaş auf: „Das sind nicht nur Forderungen der Kurden, sie betreffen alle Minderheiten und Glaubensrichtungen in der Türkei. Es geht um die Anerkennung von Sprache und Kultur, das Recht, sich politisch zusammenzuschließen. Es geht um Meinungsfreiheit, die Aufhebung der Sperrklausel von 10 Prozent bei Wahlen, um Bildung in der Muttersprache, darum, dass Menschen frei und ungestört ihren Gottesdienst verrichten können eine gerechte und unabhängige Justiz, menschenwürdige Haftbedingungen oder die Aufhebung der Antiterrorgesetze. Das sind Dinge, die eigentlich die ganze Gesellschaft betreffen, nicht nur die Kurden.“

Von YEK-KOM zu NAV-DEM

Auf ihrer Jahreshauptversammlung am 22. Juni hat sich die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM) umbenannt. Fortan trägt der Dachverband mit Sitz in Düsseldorf den Namen „Navenda Civaka Demokratîk ya Kurdên li Almanyayê (NAV-DEM), was in deutscher Sprache „Zentrum der demokratischen Gesellschaft der Kurden und Kurdinnen in Deutschland“ bedeutet.

(Azadi)



Ex-NSA-Direktor: Praxis der NSA komplette Unterminierung des US-Justizwesens

Die NSA spioniert insbesondere gezielt jene aus, die sich mit spezieller Software zum Schutz vor Überwachung befassen – wie beispielsweise ein Informatik-Student aus Erlangen. Er engagiert sich für TOR, eine elektronische Anonymisierungsinfrastruktur, für die es weltweit rund 5000 Server gibt. Dieses System schützt Internetnutzer beim Besuch von Websites bzw. beim email-Austausch, weshalb es von Journalisten und

Anwälten genutzt wird und in Ländern, in denen ein solcher Schutz lebenswichtig ist.

Wie aus einem dem NDR und WDR vorliegenden geheimen Quellcode hervorgeht, geriet Sebastian Hahn als User von TOR ins Visier der NSA, die über den Server wissen wollten, wer das gesicherte Netzwerk nutzt. Christian Flisek, Obmann der SPD im NSA-Untersuchungsausschuss des Bundestages forderte endlich die Einleitung eines förmlichen Ermittlungsverfahrens durch den Generalbundesanwalt.

William Binney, ehemaliger Technischer Direktor der NSA, machte als Zeuge dem Ausschuss gegenüber klar, dass, wer sich herkömmlicher Krypto-Technologie bediene, alle Hoffnungen auf Sicherheit vergessen könne. In diese sei von Anbeginn an „Hintertüren“ eingebaut. Binney hat die NSA 2001 verlassen und kritisiert seitdem deren Überwachungspraxis. Nach den Anschlägen vom 11.9.2001 habe die massenhafte Ausspähung begonnen und was technisch machbar sei, nutze der Geheimdienst.

(ND v. 4.7.2014/Azadi)

UN sieht in Massenüberwachungen „gefährliche Gewohnheit“

Nach Auffassung der Vereinten Nationen hat die Überwachung des privaten Datenverkehrs höchst besorgniserregende Ausmaße angenommen. Massenüberwachungen durch Regierungen „entwickeln sich zu einer gefährlichen Gewohnheit und sind keine Ausnahme mehr“, so die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, in Genf bei der Vorstellung eines Berichts zur Datensicherheit. Zu hinterfragen seien Programme zur email-Überwachung selbst dann, wenn sie legitimen Zielen dienen. Sie empfiehlt als erste Maßnahme die Schaffung unabhängiger Institutionen als Kontrollinstanz.

(ND v. 17.7.2014)

Rote Hilfe auf Brandenburgs „Extremograph“

Das Amt für Verfassungsschutz vom SPD/LINKE-regierten Bundesland Brandenburg hat einen „Extremographen“ veröffentlicht mit einer Karte, auf der Treffpunkte und Organisationen von Neonazis einerseits und Nazigegnern und Kommunisten andererseits verzeichnet sind: Autonome Antifagruppen, DKP sowie fünf Orte, in denen es Gruppen der Solidaritäts- und Antirepressionsorganisation ROTE HILFE e.V. gibt. Allein der Linke-Landtagsabgeordnete Norbert Müller kritisierte die Veröffentlichung als „absurd und lächerlich“ und erklärte gegenüber der Märkischen Oderzeitung u.a.: „Die Rote Hilfe ist kein politischer Kampfverband, sondern Rechtsberatung außerhalb des Justizsystems, ein Hilfsangebot für Leute, die unter staatlicher Repression leiden.“ Müller ist selbst Mitglied der Roten Hilfe. Sein Fraktionskollege Jürgen Maresch glaubte hingegen, den VS vor Kritik schützen zu müssen, weil das Amt „auf vorbildliche Weise öffentlich“ arbeite. Ihm jedenfalls sie die Rote Hilfe „suspekt“.

(jw v. 21.7.2014/Azadi)

Bundesdatenschutzbeauftragte kritisiert

Änderungen der „Antiterrordatei“

Jan Korte (LINKE) fordert Aufgabe des rechtswidrigen Projekts

Die Bundesdatenschutzbeauftragte, Andrea Voßhoff (CDU), kritisiert die geplanten Änderungen an der sog. „Antiterrordatei“ als unzureichend. Mit dem Entwurf setze das Bundesinnenministerium die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts nur unzulänglich um. In einem Schreiben an den Bundestags-Innenausschuss ließ sie deren Mitglieder wissen, dass immer noch nicht eindeutig geregelt sei, wer in der Datei gespeichert werden dürfe und wer nicht.

Im April 2013 hatte das Bundesverfassungsgericht einzelne Regelungen der seit 2007 existierenden Datensammlung für verfassungswidrig erklärt und Nachbesserungen bis Ende 2014 gefordert. „Rund 40 Prozent der überprüften Personendaten waren illegal gespeichert“, erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion, Jan Korte. „Die Bundesregierung wäre gut beraten, dieses rechtswidrige Antiterrorprojekt gänzlich aufzugeben.“

(jw v. 24.7.2014)

Richtigstellung:

In der Juni-Ausgabe (Nr. 138) berichteten wir auf Seite 4 über die Verleihung des Preises für Zivilcourage an Edward Snowden. Hierbei sind uns sachliche Fehler in der Darstellung unterlaufen, auf die Rolf Gössner aufmerksam gemacht hat. Gerne wollen wir an dieser Stelle seine Richtigstellung abdrucken:

„Der mit 10 000 Euro dotierte Berliner Preis für Zivilcourage an Edward Snowden ist von einer zivilgesellschaftlichen Initiative verliehen worden – nicht von der Internationalen Liga für Menschenrechte, dem Chaos Computer Club und auch nicht vom Verein Digitalcourage (diese Gruppen haben zusammen die Strafanzeige gegen Geheimdienste und Bundesregierung erstattet). Auch habe ich nicht die Laudatio auf Snowden gehalten, sondern Christian Ströbele. Ich habe eine ergänzende Rede gehalten – die Zitate sind korrekt.“

Wir bedauern diesen Fauxpas und bitten um Entschuldigung.



REPRESSION

Neues Staatsangehörigkeitsrecht ab 2018: Künftig mehr Doppelpässe möglich LINKSPARTEI fordert bedingungsloses Recht auf zwei Pässe

Am 3. Juli hat der Bundestag mit Mehrheit von CDU/CSU/SPD die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts beschlossen mit dem Ziel, dass künftig häufiger der sogenannte Doppelpass ausgestellt werden kann. Hierfür müssen Kinder aus Einwandererfamilien jedoch bestimmte Voraussetzungen erfüllen.

Das Recht auf zwei Staatsbürgerschaften besteht dann, wenn diese bei Vollendung des 21. Lebensjahres acht Jahre in Deutschland gelebt oder sechs Jahre lang eine Schule besucht haben. Hier abgeschlossene Schulabschlüsse oder Berufsausbildungen werden ebenfalls anerkannt. Nach Auffassung von Armin Laschet (CDU) könne davon ausgegangen werden, dass rund 90 Prozent der in Deutschland geborenen Kinder einen Doppelpass haben werden – insbesondere türkischstämmige.

LINKSPARTEI und Türkische Gemeinde kritisieren dagegen die neue Regelung, weil die Optionspflicht im Grundsatz weiterhin gelte, wonach sich Menschen im Alter von 18 bis 23 Jahren für eine Staatsbürgerschaft entscheiden mussten. Gefordert wird für Kinder von Einwandererfamilien ein bedingungsloses Recht auf einen Doppelpass. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Aydan Özoguz (SPD) sprach von einem „bürokratischen Monstrum“, weil Behörden umfangreiche Prüfungen vornehmen müssten. Sie schätzt, dass von der neuen Regelung ab 2018 jährlich 40 000 junge Menschen profitieren.

Ausgeschlossen von der Reform sind diejenigen, die nach der bisherigen Optionspflicht einen ihrer Pässe abgeben mussten. Sie können zwar die deutsche Staatsangehörigkeit erneut beantragen, müssen jedoch im Erfolgsfall die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern wieder abgeben.

(ND v. 4.7.2014/Azadi)

Gruppe „refugee-struggle for freedom“ besetzte Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

„Wir wollten endlich Antworten auf unsere Forderungen: Anerkennung unserer Asylanträge Abschiebestopp, Recht auf Arbeit und Bildung, Abschaffung der Sondergesetze wie die ‚Residenzpflicht‘. Damit wollten wir den Leiter des Amtes konfrontieren. Doch zunächst hatten uns Mitarbeiter klargemacht: Niemand werde uns anhören und mit uns sprechen. Falls wir nicht gingen, würde die Polizei uns rausschmeißen.“ Dies sagt Adeel Ahmed in einem Gespräch mit der jungen welt. Er ist der Sprecher von „refugee-struggle for freedom“, einer Gruppe von 80 Flüchtlingen in Bayern,

die am 3. Juli das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Nürnberg besetzt hatten und am nächsten Tag gewaltsam von der Polizei geräumt wurde. Zuvor hatte der Abteilungsleiter Asyl nach Forderungen der Flüchtlinge mit einigen Aktivisten aus Äthiopien, Iran und Afghanistan gesprochen und das BAMF als „Hort der Gerechtigkeit“ bezeichnet, das sich für Asylentscheidungen viel Zeit nehme. Deshalb gebe es seit 2012 „100 000 „offene“ Fälle“.

Adeel Ahmed: „Als ob das positiv wäre: Soviele Flüchtlinge, die ständig in Angst vor Abschiebung leben müssen! Wir haben verdeutlicht, dass viele von uns aufgrund der katastrophalen Lebensbedingungen hier in Depressionen fallen, einige sogar Suizid begangen haben. Dafür ist das BAMF verantwortlich.“ Nachdem die Gruppe darauf bestanden hatte, mit Behördenleiter Manfred Schmidt zu reden, ist dieser der Forderung nachgekommen. Er habe wissen wollen, welches Problem bestünde. „Als wir erklärten, er sei verantwortlich, wenn die Polizei räumt und Flüchtlinge dabei verletzt, war seine Antwort: Dies sei ihm gleichgültig.“

Was folgte, war die gewaltsame Räumung, bei der es zu Verletzten kam und zur respektlosen Behandlung von Frauen. „Wir werden unseren Widerstand fortsetzen, bis wir endlich Antworten von der Landes-, der Bundesregierung und den zuständigen Behörden erhalten“, kündigte Adeel Ahmed an. Am nächsten Tag begann ein Hungerstreik im Protestcamp am Hallplatz in Nürnberg, wo Flüchtlinge seit Mai für ein Bleiberecht kämpfen. Diesen schloss sich die Gruppe an.

(jw v. 7.7.2014/Azadi)

PRO ASYL und Amadeu-Antonio-Stiftung

Gewalt und Hetze gegen Flüchtlinge an der Tagesordnung

Laut PRO ASYL und Amadeu-Antonio-Stiftung hat es im ersten Halbjahr dieses Jahres durchschnittlich jede Woche fast sechs Kundgebungen gegen Asylsuchende und mehr als einen Angriff auf Unterkünfte gegeben. Die beiden Organisationen befürchten, dass die Zahlen von 2012 und 2013 weit übertroffen werden.

So wurden 155 gegen Asylbewerber*innen gerichtete Demonstrationen – häufig unter Beteiligung von Neonazis – registriert, die sich häufig als „Bürgerinitiativen“ tarnten. Es seien 34 Anschläge auf Flüchtlingsheime gezählt worden – in 18 Fällen Brandanschläge. Außerdem seien mindestens 18mal Asylsuchende tätlich attackiert worden. „Dies zeigt, dass Gewalt und Hetze gegen Flüchtlinge in Deutschland an der Tagesordnung sind“, erklärte Timo Reinfrank, Geschäftsführer der Amadeu-Antonio-Stiftung.

(ND v. 8.7.2014/Azadi)

VERANSTALTUNGEN

Bundesweite Solidaritätskundgebungen gegen Angriffe auf Rojava

„Nachdem die Islamisten der ISIS Mosul und weitere Orte im Irak eingenommen und anschließend das Kalifat ausgerufen haben, haben sie nun erneut eine Angriffswelle auf die Demokratisch-autonomen Verwaltungen von Rojava (Westkurdistan/Nordsyrien) aufgenommen. Die erneuten Angriffe der Gruppe ISIS, die sich inzwischen nur noch Islamischer Staat [IS] nennt, auf Rojava haben am 2. Juli ihren Anfang genommen. Erneut ist das Ziel der Kanton Kobanê. [...] Der aktuelle Angriff auf Kobanê scheint alle vergangenen Versuche der Islamisten in den Schatten zu stellen. Allein bei den Auseinandersetzungen in den letzten drei Tagen soll die Zahl der Getöteten in die Hunderte gehen“, heißt es in einem Aufruf des Zen-

trums der demokratischen Gesellschaften der Kurd*innen in Deutschland (NAV-DEM). Kobanê stehe im Zentrum der Angriffe, weil dort die Rojava-Revolution am 19. Juli 2012 begonnen habe und außerdem geografisch die Mitte zwischen den beiden anderen kurdischen Kantonen Cizîre und Afrîn darstell. Gelänge es den Islamisten, Kobanê einzunehmen, könnten sie „von dort aus zum Angriff auf die anderen Gebiete Rojavas ansetzen.“

Aus Protest gegen die Angriffe und Solidarität mit Rojava, fanden am 11. und 12. Juli in zwölf Städten der BRD Kundgebungen und Demonstrationen statt, zu denen NAV-DEM aufgerufen hatte.

(Aufruf NAV-DEM v. 8.7.2014/Azadi)

ZUR SACHE: TÜRKEI

HDP verurteilt israelische Offensive gegen Palästina

Die linke „Demokratische Partei der Völker“ (HDP) hat in einer Erklärung vom 10. Juli die israelischen Luftangriffe gegen die Palästinenser scharf verurteilt und das Schweigen der internationalen Gemeinschaft zu den Angriffen kritisiert. „Wir teilen die Trauer und Sorge über den Verlust von über 80 toten und 400 verletzten Zivilisten als Folge der flächendeckenden israelischen Angriffe gegen palästinensische Städte, insbesondere gegen Gaza. Zivilisten zum Angriffsziel zu machen, ist unter keinen Umständen akzeptabel.“ Alle „zuständigen Einrichtungen, insbesondere die UN“ wird dazu aufgerufen, „eine klare Position“ zu beziehen und „wenn nötig Sanktionen gegen Israel zu verhängen“.

(Hürriyet Daily News v. 10. 7. 2014)

PKK-Vorsitzender Öcalan begrüßt Gesetz als ersten Schritt zur Konfliktlösung

KCK warnt AKP-Regierung vor ISIS-Unterstützung gegen Rojava-Revolution

Am 10. Juli – einen Monat vor den Präsidentschaftswahlen – hat das türkische Parlament einen Gesetzentwurf verabschiedet, mit dem der Weg zur friedlichen Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts geebnet werden soll. Diese Initiative der AKP-Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan basiert auf

dem Ende 2012 begonnenen Gesprächsprozess zwischen dem inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, Politiker*innen der BDP/HDP und Vertretern des türkischen Staates.

Bei einem Besuch der beiden kurdischen Abgeordneten Leyla Zana und Sırrı Süreyya Önder an diesem Tag auf der Gefängnisinsel Imralı, bedankte sich Öcalan bei Persönlichkeiten, Gruppen und Parteien, die am Zustandekommen des Gesetzes mitgewirkt hatten: „Dieses Gesetz kann einen wichtigen Anfang für einen großen Frieden darstellen.“ Der gesetzliche Rahmen müsse jetzt allerdings mit praktischem Inhalt gefüllt und umgehend damit begonnen werden, die notwendigen Kommissionen für die Erarbeitung zur Lösung der kurdischen Frage ins Leben zu rufen.

Die Kovorsitzenden der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans, KCK, erklärten dagegen, dass der Lösungsprozess in Nordkurdistan (Türkei) nicht anhalten könne, wenn zeitgleich die ISIS [heute „Islamischer Staat“ (IS)] im Kampf gegen Rojava von der AKP-Regierung unterstützt werde, indem z.B. die Grenzübergänge für die Dschihadisten geöffnet würden: „Dahinter steckt ein schmutziger und gefährlicher Plan. Die AKP und IS haben eine Einigung getroffen. Die Einnahme von Kobanê und die Vernichtung der Rojava-Revolution ist eine gemeinsame Strategie beider. Mit dieser Übereinkunft versucht die türkische Regierung, auch die entführten türkischen Konsulatsmitarbeiter in Mossul freizubekommen.“

Weiter heißt es, dass, sollte der Staat bei seiner Hal-

Freedom for Abdullah Öcalan!



tung bleiben, „die Revolutionen im Norden und in Rojava eins“ würden und „nicht mehr aufzuhalten“ seien.

(ANF/ISKU v. 12.7.2014)

Annähernd 5 000 aus PKK und KCK in Haft

Nach Angaben des Justizministeriums gibt es in der Türkei 4912 Gefangene aus der PKK und der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK), von denen sich 852 Personen in U-Haft befinden und 3 961

rechtskräftig verurteilt sind. Aus den sogenannten KCK-Operationen seien noch 259 Aktivist*innen in Haft, von denen 99 in U-Haft und 160 verurteilt. Außerdem seien 101 Personen zu erschwerter lebenslanger Haft verurteilt worden.

Diese Auskunft basiert auf einer Anfrage, die die Föderation der Vereine der Angehörigen von Inhaftierten (TUHAD-FED) an das Justizministerium gerichtet hatte.

(ANF/ISKU v. 17.7.2014)

KURDISTAN

Rojava und Selbstverteidigung YPG/YPJ unterzeichnen Genfer Appell

Die Demokratische Selbstverwaltung von Rojava und die Volksverteidigungseinheiten YPG/YPJ (Frauen) haben die Verzichtserklärung („Deed of Commitment“) des Genfer Appells unterzeichnet, mit der zugesichert wird, keine unter 18-Jährige in bewaffnete Formationen aufzunehmen. Die Übereinkunft erlaubt aber die politische Schulung der Jugendlichen in Akademien oder Bildungseinrichtungen. Nach YPG-Angaben wurden bereits 128 Jugendliche aus den Einheiten entlassen und in besondere Trainingsbereiche des Verteidigungsministeriums gebracht. Bei der Vertragsunterzeichnung sagte die Vorsitzende der Delegation des Genfer Appells, Elisabeth Decrey-Warner u.a.: „Wir kennen die Revolution von Westkurdistan sehr gut. Die YPG sind eine nationale Kraft, die ihre Legitimität und ihre Verbundenheit mit humanitären Werten bewiesen hat.“ Die Verzichtserklärung wurde im Namen der drei Kantone von Rojava bekanntgegeben.

(ANF/ISKU v. 6.7.2014)

Rojava verteidigen!

„Wir begrüßen den Widerstand der Frauen und Männer von Westkurdistan (Nordsyrien/Rojava), die ihre Ziele und ihre Freiheit mit ihrem Blut verteidigen“, erklärte erstmals das kurdische Regionalparlament in Erbil (Nordirak/Südkurdistan). Die Regierung von Präsident Masud Barzani, Demokratische Partei Kurdistans (KDP), wurde dazu aufgerufen, Rojava zu unterstützen. Barzani steht aufgrund der wirtschaftlichen Abhängigkeit von der Türkei dem Selbstverwaltungsprojekt Rojava ablehnend gegenüber, weshalb er ein Embargo gegen die drei autonomen Kantone verhängt hat.

Derweil drohen die Kämpfe um den Kanton Kobanî in Rojava auch auf die türkische Provinz Sanliurfa auszuweiten. Die Gruppe „Islamischer Staat“ (zuvor ISIS) hatte mit im Irak erbeuteten schweren Waffen vor wenigen Wochen einen Großangriff auf den kleinsten der drei Kantone begonnen. Nach Angaben der kurdischen Selbstverteidigungseinheiten (YPG) sind seit Beginn der Operationen über 400 Dschihadisten getötet worden; YPG verlor rund 40 Kämpfer*innen. Die türkische Armee ließ Angaben der Kantonalregierung von Rojava zufolge die schwerbewaffneten Dschihadisten unbehelligt die Grenze passieren, die sich im

übrigen nach Beobachtungen des örtlichen Abgeordneten der linken Demokratischen Partei der Völker (HDP), Ibrahim Ayhan, frei in der Stadt Urfa bewegen könnten. „Sie benutzen die Stadt als Militärbasis, sie nutzen die Krankenhäuser und transportieren hier militärische Ausrüstung. IS kontrolliere gar kurdische Dörfer auf der türkischen Seite der Grenze.

Politiker*innen, Intellektuelle, Künstler*innen und alevitische Geistliche haben sich an der türkisch-syrischen Grenze versammelt, um ein weiteres Eindringen der Dschihadisten nach Kobanî zu verhindern. Rund 300 Kurd*innen durchbrachen einen Grenzzaun, um sich den dortigen Selbstverteidigungskräften anzuschließen.

Damit folgten sie einem Aufruf des inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan zur Solidarität mit Kobanî. Die PKK warnte zudem vor einem gemeinsamen Vorgehen der AKP-Regierung von Recep Tayyip Erdoğan mit der IS zur Zerschlagung der Selbstverwaltung in Rojava. Denn: Sollte es gelingen, Kobanî einzunehmen, müsse ein Übergreifen auf die beiden anderen Kantone Efrîn (nördlich von Aleppo) und Cezirê (syrisch-türkisch-irakisches Grenzgebiet) befürchtet werden.

(jw v. 17.7.2014/Azadî)

Für Demokratische Autonomie von BDP zu DBP

Bildungspolitik wichtigste Aufgabe

Auf ihrem 3. Ordentlichen Parteitag in Ankara am 11. Juli hat die „Partei für Demokratie und Frieden“ (BDP) ihren Namen geändert. Sie heißt nun „Partei der Demokratischen Regionen“ (DBP). Zu den neuen Kovorsitzenden wurden Emine Ayna und Kamuran Yüsek gewählt.

Die DBP hat sich den Aufbau der Demokratischen Autonomie zur Aufgabe gemacht. Ziel soll sein, im Rahmen des fortgesetzten Lösungsprozesses die Selbstorganisation der Gesellschaft voranzubringen. Wichtigstes thematisches Standbein soll die Bildungs-

politik sein, um Vorreiter*innen zum Aufbau der Demokratischen Autonomie auszubilden.

(ANF/ISKU v. 11.7.2014)

Erklärungen zum 2. Jahrestag der Rojava-Revolution

Zum 2. Jahrestag der Rojava-Revolution hat der Co-Präsident der Region von Cizîrê, Himêdî El Deham, am 19. Juli die internationale Gemeinschaft aufgefordert, die Selbstverwaltung in Rojava und den Widerstand in Kobanê gegen die Banden des „Islamischen Staates“ (IS) zu unterstützen.

El Deham, der arabischer Herkunft ist, erklärte u. a., dass in den autonomen Regionen Solidarität zwischen allen dort lebenden Kurd*innen, Araber*innen, Türken*innen, Tschetschen*innen sowie unter den verschiedenen Konfessionen herrscht und alle eine gesellschaftliche Einheit bilden. „Sie haben der ganzen Welt gezeigt, dass sie die eigentlichen Besitzer der Revolution von Rojava sind,“ betonte der Politiker. „Trotz der Embargos gegen die Bevölkerung hier, hat sie die Probleme und Hindernisse überwunden. Mit der Geschwisterlichkeit der Völker und dem Grundstein für ein gemeinsames Leben wird dieser Weg zu einer demokratischen Nation führen.“

Weiter heißt es, dass sie mit aller Macht den Widerstand in Kobanê unterstützen. Schließlich gedachte El Deham der Gefallenen der Revolution und wünschte den Verletzten gute Besserung.

Die stellvertretende Ministerpräsidentin der autonomen Region in Kobanê, Berivan Hesen, hat ebenfalls den 2. Jahrestag begrüßt und ist überzeugt davon, dass „die autonomen Selbstverwaltungen ein Vorbild für das syrische Lösungsprojekt“ sein könne.

(ANF/ISKU v. 19.7.2014)

INTERNATIONALES

Goliath gegen David

„[...] Schon lange hat Israel die Rolle von Goliath eingenommen, und Palästina ist David. Die Palästinenser werfen Steine, während Israel mit F-16-Kampffjets Angriffe auf Gaza fliegen lässt die mit einem Knopfdruck ganze Fußballfelder in einen Bombenkrater verwandeln können. Außerdem verfügt Israel über Atomwaffen. Die Palästinenser hingegen haben kein stehendes Heer, keine Luftwaffe und ihre Stellung in der Außenpolitik ist so schwach, dass sie kaum etwas bewirken können. Sie leben unter einem Besatzungsregime und sind Gefangene im eigenen Land. [...]

(aus Kommentar von Mumia Abu-Jamal in der jw v. 19.7.2014)

In dieser Situation hat der Bundessicherheitsrat am 16. Juli beschlossen, ein deutsches U-Boot nach Israel zu liefern. Den Krieg gegen Gaza und seine Bevölkerung führt israelisches Militär aus der Luft, vom Boden und auch von See aus. Experten gehen davon aus, dass Israel seine U-Boote mit Marschflugkörpern und atomaren Sprengköpfen ausrüstet. Die politischen Verantwortlichen der CDU/CSU/SPD-Koalition haben sich an die Seite Israels positioniert. Abgeordnete der Linksfraktion fordern angesichts der Eskalation im

Nahen Osten dazu auf, „bestehende Genehmigungen für die Ausfuhr von Rüstungsgütern in den Nahen Osten zu widerrufen und keine neuen Genehmigungen für Rüstungsexporte – auch nicht nach Israel – zu erteilen.“

Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Anschaffung von Drohnen für die Bundeswehr hat sich der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold, für eine „Fortführung der Vertragsbeziehung mit Israeli Aerospace Industries“ ausgesprochen, weil sich die Drohne „Heron“ bewährt habe. (Azadi)

Jurist*innen fordern Ende der Gewalt und Errichtung eines Sondertribunals zur Aufklärung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit

Der Bundesvorstand der Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen e.V. (VDJ) fordert in einer Erklärung die „sofortige Beendigung der Gewalt und die Beachtung des Völkerrechts durch die israelische Regierung und die Hamas“.

Sie ruft „alle demokratischen Kräfte in Israel, den palästinensischen Autonomiegebieten und in Europa dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass die Konfliktparteien einen unverzüglichen Waffenstillstand vereinbaren“. Die Vereinigung wird die Initiative ergreifen, „um zusammen mit anderen europäischen Juristenorganisationen unverzüglich eine fact-finding-mission zu organisieren, um die tatsächlichen Vorgänge, soweit dies möglich ist, zu ermitteln und für diese ggf. Beweise zu sichern“. Es sei zu fragen, „ob völkerrechtliche Vorschriften verletzt“ worden seien, insbesondere „hinsichtlich der israelischen Luftangriffe und der durch diese getöteten Zivilisten, deren hohe Zahl alleine schon die Verhältnismäßigkeit“ in Frage stelle. Dies treffe vornehmlich auf die Fälle zu, „in denen offenkundig unbewaffnete Zivilisten, wie im Falle der vier Kinder, getötet wurden“. Außerdem werde zu prüfen sein, „inwieweit es zutrifft, dass die Hamas Raketenabschussbasen und andere Militäreinrichtungen in Wohngebieten eingerichtet“ habe und so „Mitverantwortung für den Tod von Zivilisten“ trage.

Die VDJ fordert die israelische Regierung und die Hamas auf, die „gewaltsame Auseinandersetzung, insbesondere die Tötung von Zivilist*innen, sofort zu beenden“, um die Voraussetzungen für eine friedliche Lösung des Konflikts zu schaffen. Dazu gehören u.a. die „Beseitigung der Mauer im Westjordanland, die Beendigung der illegalen Besatzung und Aufhebung der Abriegelung des Gazastreifens“, die „Anerkennung zweier selbstständiger Staaten [...] in den Grenzen von vor dem 1967 begonnenen Krieg“ oder „die Bildung eines einheitlichen demokratischen Staates, in dem alle

Bürger gleichberechtigt sind sowie die Erklärung eines gegenseitigen Gewaltsverzichts“.

Schlussendlich setzen sich die Jurist*innen für die „Errichtung eines internationalen Sonder-Tribunals für die Aufklärung und Aburteilung der in diesem Konflikt begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ ein.

<http://www.vdj.de/mitteilungen/nachrichten/nachricht/vdj-fordert-die-sofortige-beendigung-der-gewalt-und-die-beachtung-des-volkerrechts-durch-die-israelische-regierung-und-die-hamas/7627d41e72587b7856eb463bbfa2bc54/>

(Erklärung der VDJ vom Juli 2014/Azadi)

Angriffe des indischen Geheimdienstes auf NGOs und Aktivist*innen

In den Fokus von Indiens Geheimdienst IB (Intelligence Bureau) sind im vergangenen Monat Nichtregierungsorganisationen (NGOs) geraten, die finanziell aus dem Ausland unterstützt werden. Das Innenministerium sperrte u.a. umgehend alle Überweisungen von Greenpeace International und Climate Works Foundation an die Greenpeace India Society. IB unterstellt den Organisationen, im „Interesse westlicher Regierungen“ zu handeln. Auch Amnesty International, Survival International, Action Aid und selbst nicht nur in Indien bekannte Aktivist*innen wie Vandana Shiva, Prashant Bhushan und S.P. Udayakumar werden verdächtigt. Ihr Protest richtet sich gegen Atom- und Kohlekraftwerke, Staudammprojekte, Kinderarbeit oder genmanipulierte Agrarerzeugnisse.

IB behauptet, durch ihre Aktivitäten werde die „nationale ökonomische Sicherheit“ Indiens gefährdet. In dem Geheimdienstbericht heißt es: „Identifizierte ausländische Spender vertuschen clever ihre Spenden als Fonds zum Schutz der Menschenrechte.“ Zudem würde sie dazu benutzt, „um Stimmung gegen Indien zu machen und als Werkzeuge für strategische außenpolitische Interessen westlicher Regierungen zu dienen“. Betroffene Personen und Gruppen verwahrten sich umgehend gegen solche Anschuldigungen. Der „ausländische Buhmann“ diene dazu, „Volkskämpfe zu diskreditieren“ und inakzeptable staatliche und korporative Projekte anzuprangern. Mit dem IB-Bericht werde ein „neues Monster geschaffen: NGO gegen Entwicklung“.

(ND v. 8.7.2014/Azadi)

DEUTSCHLAND SPEZIAL

Zum 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs: Linksfraktion beantragt Gedenktafel für Karl Lieb knecht

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE brachte am 1. Juli aus Anlass des 100. Jahrestages des Ersten Weltkriegs einen Antrag ein, der u. a. auf die Anbringung einer Gedenktafel für Karl Lieb knecht am Reichstagsgebäude abzielt, weil sich der SPD-Abgeordnete am 2. Dezember 1914 als erster der Finanzierung des 1. Weltkriegs widersetzte. In dem Dokument heißt es:

„Die wirtschaftlichen Eliten des deutschen Kaiserreichs und seine politische und militärische Führung trugen die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren. Der Bundestag bekennt sich zur deutschen Verantwortung und wendet sich gegen eine Deutung, die die Schuld am Ausbruch des Krieges vielen Beteiligten zu gleichen Teilen und damit niemandem konkret zuweist. [...] Expansive Interessen einhegen und den Frieden in Europa zu sichern, bleibt vorrangige Aufgabe der deutschen und europäischen Zivilgesellschaften und ihrer Parlamente. [...] Das gilt auch angesichts der aktuellen Auseinandersetzungen in der Ukraine und ihres Widerhalls im Verhältnis Deutschlands und der Europäischen Union zur Russischen Föderation. Der Bundestag begrüßt alle zivilgesellschaftlichen Initiativen des Gedenkens an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, die auf die Erinnerung an die Toten, auf die Benennung von konkreter Verantwortung und Schuld, auf die Würdigung des Widerstands gegen den Krieg und auf die Sicherung von Frieden als aktuelle Aufgabe ausgerichtet sind. [...]“

(jw v. 4.7.2014/Azadi)

WDR-Magazin „Monitor“: Bundeswehr ignorierte zivile Opfer bei Gefecht in Afghanistan

Einem Bericht des WDR-Magazins „Monitor“ vom 10. Juli zufolge sollen bei einem als „Halmazag“ bezeichneten Gefecht der Bundeswehr in der Provinz Kundus/Afghanistan Ende 2010 bis zu 27 Zivilisten gestorben sein. Bislang hatte sie angegeben, keine Erkenntnisse über zivile Opfer zu haben. Ein Reporterteam des WDR hat jedoch mit Zeugen, afghanischen Regierungsbeamten und Angehörigen der Opfer gesprochen. Ein Lehrer, der während der Militäroperation seinen Sohn verlor, erklärte, dass ein schweres Geschoss das Zimmer des Sohnes getroffen habe. Im Einsatz war u.a. auch die Panzerhaubitze 2000, die schwerste Waffe der deutschen Artillerie. Nach Aussagen von Anwohnern seien mindestens zwei Kinder getötet worden. In einer Information für Bundestagsabgeordnete im Anschluss

an die Operation hieß es: „Unmittelbar danach durchgeführte Treffen mit den lokal und regional verantwortlichen afghanischen Autoritäten haben ergeben, dass dadurch die afghanische Bevölkerung nicht in Mitleidschaft gezogen wurde.“ Wie „Monitor“ jedoch recherchierte, habe ein Teilnehmer dieses Treffens den Journalisten gesagt, dass er die Bundeswehr auf einen toten Zivilisten hingewiesen habe. Der Mann sei angeschossen und in einem deutschen Feldlager medizinisch versorgt worden, dort allerdings an den Folgen der Verletzungen gestorben.

Das Bundesverteidigungsministerium erklärte, den behaupteten Vorfällen „nochmals gesondert nachzugehen“.

(Süddt.Ztg. . 11.7.2014/Azadi)

Verteidigungsministerium lässt forschen

Die Linksfraktion hat die Bundesregierung zur Militärforschung an deutschen Universitäten und Instituten befragt. Die Antworten des Verteidigungsministeriums u.a.: Von 2000 bis 2010 hat sich die Erforschung von „Drohnen-Schwärmen, intelligenter Munition, Handfeuerwaffen, Funktechnologien, Robotern sowie nicht tödlichen Schuss- und Wurfgeräten als auch Satellitentechnik und das Erkennen chemischer Kampfstoffe“ mehr als verdoppelt. Mit „588 Aufträgen im Wert von 360 Millionen Euro“ profitierten außeruniversitäre Einrichtungen. „120 Aufträge im Wert von mehr als 28 Millionen Euro“ gingen an 41 öffentliche Hochschulen, z.B. „Tübingen, Konstanz, Frankfurt/M., Rostock und Göttingen, die sich per Zivilklausel auf eine friedliche Forschung verpflichtet“ hätten. Spitzenreiter mit „mehr als 5,8 Millionen Euro“ sei hierbei die Gottfried-Wilhelm-Leibniz Universität Hannover gewesen. Ihr folgten die Uni Kiel mit „mehr als drei Millionen Euro“ und die Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg mit „mehr als 2,2 Millionen Euro“. Einen Teil der Abgeordnetenfragen ließ die Bundesregierung mit Verweis auf den Geheimschutz und die Sicherheitsinteressen der BRD unbeantwortet. Weil die Bundeswehr bzw. das Verteidigungsministerium demokratisch legitimierte Institutionen seien, seien sie auch „legitime Auftraggeber für Forschungsprojekte“, meinte Professor Lutz Kipp von der Uni Kiel. Die Uni Hannover laut spiegel.de: Es „gebe Grenzen der Transparenz – und daher: keine Details über die Forschungsaufträge.“ Nach Auffassung des Vorsitzenden der „Stiftung Friedensbildung“, Reiner Braun, ist Rüstungsforschung ein „gesamtgesellschaftliches Problem“, über das „dringend diskutiert“ werden müsse. „Je mehr sich Deutschland militärisch engagieren wird, desto schädlicher

wird das für die Demokratie sein,“ schreibt Jürgen Amendt in seinem Kommentar im ND.

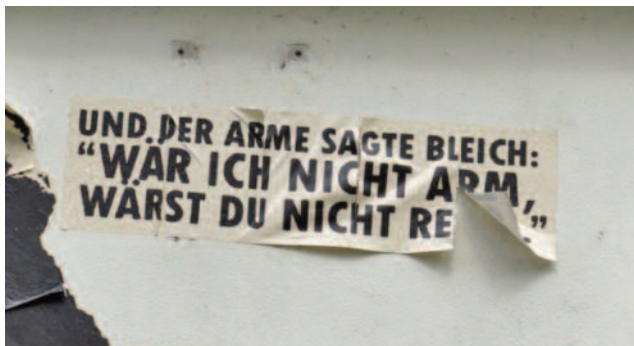
(ND/Azadi v. 12./13.7.2014)

Arm und Reich in Zahlen

Laut einer aktuellen Studie der Europäischen Landeszentralbank sind Vermögen noch ungleicher verteilt als bislang vermutet. Hierbei wurden Erfahrungen und Schätzungen der Forbes-Liste der reichsten Einzelpersonen mit Umfragen in den USA und Deutschland, Italien, Frankreich, Spanien, Belgien, Österreich und Finnland kombiniert. Danach besitzt das reichste Prozent der Deutschen 32 Prozent des Vermögens statt – wie bisher angenommen – 26 Prozent. Fünf Prozent besitzen sogar 51 Prozent des Vermögens in Deutschland.

In den USA geht die Schere zwischen Superreichen und der restlichen Bevölkerung am weitesten auseinander – der Wert liegt bei 60 Prozent. Ein Prozent der Bevölkerung besitzt 37 Prozent des gesamten Vermögens, fünf Prozent haben 61 Prozent des Reichtums. „Fast alle verborgenen Vermögenswerte gehören den wohlhabendsten Privatpersonen der Welt. Daraus folgt, dass Ungleichheitsstatistiken, und zwar besonders am oberen Ende der Skala, das Problem unterschätzen“, stellte schon 2012 die Organisation Tax Justice Network fest.

(ND v. 17.7.2014/Azadi)



ERINNERN

Mani Stenner verstorben

Am 17. Juli erlag Mani Stenner, Geschäftsführer des Bonner Netzwerks FRIEDENSKOOPERATIVE, im Alter von 60 Jahren einem Herzinfarkt. „Die sozialen Bewegungen in Deutschland haben einen ihrer wichtigsten Köpfe und aktivsten Mitstreiter verloren“, schreibt Otfried Nassauer, Leiter des Berliner Informationszentrums für Transatlantische Sicherheit. Seit den frühen 1980er Jahren engagierte sich Mani Stenner in der Friedensbewegung, organisierte zahlreiche bundesweite Großdemonstrationen und Kampagnen und war lokal in vielen Initiativen verankert. Sein Interesse galt

LINKE: Stationierung von US-Drohnen in Grafenwöhr unverzüglich beenden !

Laut einer Antwort auf eine Anfrage der Linkspartei sind auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr bereits seit 2013 „Hunter“-Drohnen stationiert und ab 2017 sollen noch größere des Typs „Skywarrior“ mit einer Spannweite von 17 Metern eingesetzt werden. Hierzu erklärte Heidi Kaschner, Vorsitzende der Bürgerinitiative gegen Drohnen in der Oberpfalz und Mitglied des Landesvorstands der Partei Die LINKE Bayern: „Die Bürgerinnen und Bürger in der Oberpfalz werden es nicht hinnehmen, dass die US-Armee gegen den Willen der Bevölkerung weitere Drohnen stationiert. Wir dulden es nicht, dass die Bundesregierung hier untätig bleibt und in Zeiten des NSA-Skandals eine mögliche Videoüberwachung zulässt. [...] Es kann nicht sein, dass über deutschem Boden für den Krieg geübt wird. [...] Die Drohnenstationierung in der Oberpfalz ist unverzüglich zu beenden.“

(jw v. 17.7.2014/Azadi)

Rot-grüne Feier mit Geld von Rüstungskonzern

Einem Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ zufolge hat der Rüstungskonzern Diehl, der Lenkflugkörper und Handgranaten produziert, eine Feier der rot-grünen Landesregierung von Baden-Württemberg mitfinanziert. Die Party, die am 10. Juli in Berlin stattfand und an der rund 1500 Gäste teilnahmen, wurde mit 5000 Euro unterstützt. Die Firma ist in Bayern und Baden-Württemberg ansässig und wirbt mit dem Slogan „Wirkung im Gefecht“.

(ND v. 21.7.2014)

auch dem bis heute ungelösten türkisch-kurdischen Konflikt, weshalb er viele Jahre im „Dialog-Kreis – Die Zeit ist reif für eine politische Lösung“ mitwirkte. Nicht zuletzt unterstützte Mani Stenner die revolutionären basisdemokratischen Entwicklungen in Rojava (Westkurdisten/Nordsyrien) und zeigte seine Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden auch dadurch, dass er als Geschäftsführer des Netzwerks den Aufruf von TATORT KURDISTAN zur bundesweiten Demonstration „Friedensprozess unterstützen – PKK-Verbot aufheben“ im November 2013 als Erstunterzeichner mitgetragen hat. Wir werden ihn nicht vergessen !

NEU ERSCHIENEN

Zeitung gegen den Krieg

Zum 100. Jahrestag des Ersten Weltkriegs erschien die 38. Ausgabe der „Zeitung gegen den Krieg“ (ZgK). Sie widerspricht den Mainstreammedien: Es gab keinen „Ausbruch“ und die Verantwortlichen waren keine „Schlafwandler“, sondern die Verantwortlichen in Berlin und Wien fällten klare Entscheidungen. Die Parallelen zur damaligen Zeit, nämlich die Kriegsgefahr, sind akut. Dies machen die Autor*innen – u.a. Monty Schädel, Konstantin Wecker, Sevim Dagdelen oder Tobias Pflüger – in ihren Beiträgen deutlich.

Die 12seitige ZgK kann bestellt werden über das Büro der LINKEN-Bundestagsabgeordneten Heike Hänsel), Tel.: 030 – 2277 3179; fax: 030 – 2277 6179; mail: bestellen@zeitung-gegen-den-krieg.de

Kosten: Bei Bestellungen zwischen einem und 50 Exemplaren 30 Cent je Ex.; von 51 bis 499 Ex. 25 Cent je Stück, ab 500 Ex. 20 Cent je Zeitung.

Ungesühntes Naziverbrechen von Oradour

„Sie ist eine Sucherin mit dem immer gleichen Anspruch: genau hinschauen, genau zurückschauen, das Leben an geographisch und historisch markanten Punkten einfangen und davon erzählen. So hat sie sich einen Namen gemacht, zweifelsohne. Und doch entspricht ihr präziser, an marxistischer Dialektik geschulter Blick auf die Gesellschaft nicht der verordneten Sichtweise. Er wird, soweit möglich, ignoriert“, schrieb der Journalist Gerd Schumann in der jungen welt zum 70. Geburtstag der deutsch-französischen Feministin und Autorin von über zwei Dutzend Büchern, Florence Hervé. Ihre Themen sind der Kampf für die Rechte von Frauen weltweit und der Widerstand gegen Krieg und Faschismus.

Diesem letztgenannten Schwerpunkt gilt ihre jüngste Publikation, nämlich dem am 10. Juni 1944 von der SS-Division „Das Reich“ zerstörten französischen Dorf Oradour-sur-Glane und den 642 getöteten Einwohner*innen. Dieses Werk dokumentiert „was geschehen ist, liefert den O-Ton der Überlebenden und bildet zudem den literarischen und dichterischen Umgang mit dem Schrecken ab“, so Gerd Schumann in einer Würdigung (jw 30. Juni 2014).

Florence Hervé (Hrsg.), Martin Graf (Fotos):

Oradour. Geschichte eines Massakers/Histoire d'un massacre (dt./französ.), PapyRossa Verlag Köln 2014, 144 Seiten, 18 Euro

Die Mahn- und Gedenkstätte Düsseldorf e.V. zeigt bis zum 14. September im Maxhaus, Schulstr. 11, eine Ausstellung über die Vernichtung von Oradour-sur-Glane (www.gedenk-dus.de)

Florence Hervé lehnt Auszeichnung ab

Es sei noch angemerkt, dass Florence Hervé für das Bundesverdienstkreuz am Bande vorgeschlagen wurde, das ihr am 2. Juli in Düsseldorf verliehen werden sollte. In einem Brief an den Bundespräsidenten Joachim Gauck macht sie schon mit der Überschrift klar, was sie ihm mitteilen wollte: „Ich werde diese Auszeichnung nicht annehmen“. Sie schreibt u.a.: „Es widerstrebt mir, eine Auszeichnung vom höchsten Repräsentanten eines Staates anzunehmen, dessen Regierungen selten den Eindruck erweckten, an der Beseitigung von Diskriminierung, sozialer Ungleichheit, an dauerhafter Abrüstung und einer friedensfördernden, gleichberechtigten Zusammenarbeit mit anderen Staaten interessiert zu sein.“ Sie kritisiert die Zulassung von Frauen zum Dienst in der Bundeswehr: „Wir brauchen keine Bundeswehrsoldaten – auch nicht weibliche – im Schulunterricht, sondern eine konsequente Friedenserziehung.“ Auf scharfe Ablehnung stoßen bei ihr zudem „humanitäre Interventionen“ und Waffenexporte der Bundesrepublik, z.B. an den „NATO-Partner Türkei im Kampf gegen die Kurden“, Panzerlieferungen an Golf-Diktaturen oder auch atomwaffenfähige U-Boote an Israel.

Sie bringt auch ihre Bitterkeit darüber zum Ausdruck, dass bis heute die Nazi-Verbrecher von Oradour-sur-Glane nicht zur Verantwortung gezogen wurden: „Am 10. Juni 2014 fand nicht einmal ein offizielles Gedenken statt.“ Auch sei „wenig unternommen“ worden, „an deutschen Schulen künftige Generationen über das Verbrechen von Oradour aufzuklären.“ Überhaupt habe es eine nur „unzureichende Aufarbeitung der Nazivergangenheit“ gegeben und eine „konsequente Bekämpfung des offenen und latenten Neonazismus und Rassismus“ finde auch nicht statt.

Mit der Ablehnung der Auszeichnung verbinde sie die Hoffnung, „dass sich in der künftigen Politik dieses Staates die Ziele meines Engagements widerspiegeln.“

